

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

10.4.1924 (No. 86)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. M. u. d. Karlsruhe

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3516

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Straße Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Direktorium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Zur Überreichung des Sachverständigenberichts

Der Wunsch, die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch eine Kommission von Sachverständigen abschätzen zu lassen, ist von Deutschland ausgegangen. Allerdings hatten wir dabei an eine Kommission gedacht, die sich aus völlig neutralen Persönlichkeiten zusammensetzt. Das Sachverständigenkomitee, welches dann durch die Reparationskommission berufen wurde, weist mit Ausnahme der Amerikaner, die man wohl im ganzen als Neutrale ansprechen kann, lediglich Mitglieder der Alliierten, also Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens auf. Doch sind es nicht etwa Beauftragte der Regierung, sondern unabhängige Privatleute, nämlich hervorragende Wirtschaftssachverständige, die das Komitee bilden.

Deutschland hat der Einsetzung und der Arbeit des Sachverständigenausschusses zugestimmt, ihm alle erforderlichen Unterlagen gegeben und damit seine Rechtmäßigkeit anerkannt. Andererseits ist natürlich keine der beteiligten Regierungen verpflichtet, den Spruch des Sachverständigenausschusses als bindend hinzunehmen. Aber es ist ohne weiteres klar, daß dieser Spruch, gefällt von einer Reihe wirtschaftspolitischer Autoritäten, einen überaus starken moralischen Zwang bedeutet. Und eine jede Regierung wird es sich dreifach überlegen müssen, ob es ratsam ist, ihn abzulehnen.

Für Deutschland hatte die Überweisung der Frage der Leistungsfähigkeit und der Frage der Reparationszahlungen an einen Ausschuss vom Wirtschaftssachverständigen einen großen Vorzug, daß nun endlich einmal diese ganzen Fragen dem politischen Streit, dem Strudel machtpolitischer Ambitionen, entrückt und in das Gebiet rein wirtschaftlicher Erwägungen gehoben wurden. Wir durften zudem das Vertrauen haben, daß die Sachverständigen Amerikas, Englands und Italiens ohne böswillige Voreingenommenheit an ihre Aufgabe herantreten würden. Übrigens war nach allem, was bisher veröffentlicht wurde, die Annahme, daß die französischen und belgischen Sachverständigen ganz einseitig die machtpolitisch orientierten Anschauungen Poincarés im Ausschuss vertreten würden, falsch. Denn der Bericht des Sachverständigenausschusses, der nunmehr vorliegt und einstimmig, also mit Zustimmung der französischen und belgischen Sachverständigen beschlossen wurde, ist doch im Großen und Ganzen so gehalten, daß er den Anhängern einer französischen Annektionspolitik kaum gefallen kann. Und wir sehen denn ja auch bereits, daß die nationalistische Presse in Paris an den Vorschlägen des Komitees sehr viel auszusetzen hat.

Diese Kritik, die zudem keineswegs einen gekünstelten Eindruck macht, scheint uns der beste Beweis dafür zu sein, daß die Sachverständigen mit leidlicher Objektivität an ihre Arbeit herangegangen sind, mag auch auf das Drängen der französischen und belgischen Sachverständigen, die selbstverständlich im Kontakt mit ihren Regierungen blieben, manch ein Kompromiß geschlossen worden sein, das für uns nicht erfreulich ist.

Denn darüber kann für uns gar kein Zweifel bestehen, daß die Vorschläge des Sachverständigenausschusses unsere Leistungsfähigkeit offenbar zu hoch einschätzen und uns schon für die nächsten Jahre Zahlungen zumuten, die ganz erorbitant sind. Es ist ja an sich recht schmeichelhaft für uns, daß man uns derartig viel zutraut. Aber andererseits steckt doch hinter diesen Zummungen der Wunsch und Wille, uns ganz gehörig auszupressen. Politisch sind diese Zummungen deshalb sehr gefährlich, weil sie Frankreich recht bequeme Vorwände für eine neue Politik der Sanktionen liefern könnten. Frankreich könnte für den Fall, daß wir den übernommenen Verpflichtungen nicht ganz nachkommen können, sofort ein böswilliges Verschulden konstruieren und nach neuen Pfändern schreien, d. h. in der Praxis seine alte Politik der Annexionen wiederaufnehmen.

Ferner muß mit allem Nachdruck auf einen Punkt hingewiesen werden, der unserer Meinung nach der eigentlich entscheidende ist: Es ist vielleicht nicht ganz ausgeschlossen, daß wir in der Tat die uns zugemuteten Zahlungen und Leistungen bewirken können, aber nur dann, wenn die Entente selbst uns dabei das dringend erforderliche Entgelt selbst uns dabei beweißt. Das heißt, daß die handelspolitischen Beschränkungen des Friedensvertrages fallen müssen, daß man uns jede Möglichkeit zu gewinnbringendem Export

einräumt und uns die Benutzung aller wirtschaftlichen Bezugsquellen gestattet, die für ein Rohstoffe verarbeitendes und exportierendes Land nötig sind. Das Geschrei über die deutsche Konkurrenz hätte aufzuhören. Denn bezahlen können wir nur, wenn wir selber wirtschaftlich prosperieren, also in großem Umfange exportieren. Ein solcher Export wird aber immer irgendwie Konkurrenz hervorbringen.

Daß wir die volle wirtschaftliche und administrative Verfügungsfreiheit über das gesamte Reichsgebiet, also auch über den Rhein und die Ruhr, haben müssen, das hat auch der Sachverständigenausschuss klar anerkannt. Ja, er hat sogar, ohne an sich auf das politische bzw. militärpolitische Gebiet überzugehen, seine Auffassung dahin bekundet, daß die Bewegungsfreiheit Deutschlands auch durch militärische Besetzungen nicht beengt werden dürfte.

Schon allein dieser Teil des Sachverständigenberichts ist für uns so wichtig und bedeutsam, daß wir alle Veranlassung haben, den Bericht aufs sorgfältigste und entgegenkommendste zu prüfen. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, die Frage zu beantworten, ob wir die Vorschläge akzeptieren können, oder ob sie modifiziert werden müssen. Wie es heißt, hält man in Kreisen der Reichsregierung den Bericht im Ganzen für diskutabel.

Die Entscheidung ist natürlich überaus schwer, da es sich bei dem ganzen Plan der Zahlungen ja nur um Schätzungen handelt. Damit kommt ganz von selbst ein Moment der Unsicherheit in die Geschichte. Und wir müssen es uns daher genau überlegen, was wir unter schreiben können! Feste und absolut bindende Verpflichtungen kann unser Erachtens niemand übernehmen, wenn es um derartige Riesensummen geht. Unter allen Umständen müßte in den kommenden Verhandlungen die Möglichkeit, daß Deutschland einmal trotz besten Willens mit der Zahlung von ein paar Millionen im Rückstand bleibt, berücksichtigt werden. Es darf nicht dahin kommen, daß Frankreich einen Schein in die Hand gedrückt erhält, den es dann à la Schloß präsentiert, um uns von neuem für seine annektionistischen Pläne mürbe zu machen.

Den Geboten der Vernunft würde es entsprechen, wenn man jetzt nach Veröffentlichung des Sachverständigenberichts, der ja eine ganz neue Sachlage schafft, auch in der Frage der Erneuerung der Mietverträge eine interimistische Einigung fände. Wird der Sachverständigenbericht akzeptiert, und sei es auch nur in stellenweise modifizierter Form, so werden die Mietverträge hinfällig. Sollte allerdings die Diskussion über den Bericht und über die Vorschläge des Sachverständigenausschusses längere Zeit in Anspruch nehmen, so müßte Deutschland darauf bestehen, daß die Mietverträge in der bisherigen Form von der Ruhrindustrie nicht mehr ertragen werden können.

* Wie die Männer und wie die Frauen wählen

In Bayern ist bekanntlich bei der Landtagswahl am letzten Sonntag getrennt nach Geschlechtern gewählt worden. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht nun in ihrer Nummer 82 vom 7. April das Münchener Wahlergebnis, und zwar genau getrennt nach männlichen und weiblichen Stimmen. Da ist es natürlich interessant, festzustellen, wie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den männlichen und weiblichen Stimmen bei den einzelnen Parteien ist.

Nach unseren Berechnungen ergibt sich folgendes Resultat. Eine ausgesprochene „Männerpartei“, d. h. also eine Partei, für die in der Hauptsache die Männer eintreten, sind die Kommunisten. Bei ihnen entfielen in München auf rund 20 000 weibliche Stimmen 29 000 männliche Stimmen. Auch bei den Sozialdemokraten überwiegen die männlichen die weiblichen Stimmen um zirka 10 Prozent. Bei den Deutschdemokraten und der Nationalliberalen Landesspartei ist der Unterschied sehr gering; immerhin überwiegen auch hier die männlichen Stimmen.

Dagegen sind bei der Deutschen Volkspartei die weiblichen Stimmen im Vorprung. Dieser Vorprung steigert sich bei der Vereinigten Nationa-

len Parteien und beim Völkischen Block. Bei den Deutschvölkischen überwiegen die weiblichen Stimmen die männlichen um etwa 8 Prozent. Sehr groß ist der Unterschied bei der Bayerischen Volkspartei. Dort kommen auf rund 20 000 männliche Stimmen 35 000 weibliche Stimmen; d. h. die weiblichen überwiegen die männlichen um 75 Prozent. (Bei den Christlich-Sozialen (Zentrum) überwiegen um ein Kleines die männlichen Stimmen.)

Das Resultat entspricht im wesentlichen den Beobachtungen, die man schon bei früheren Wahlen machen konnte. Die Feststellung ist und bleibt natürlich interessant, wenn sie auch irgend ein Werturteil keineswegs in sich schließen soll. Die politischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben es nach der Meinung vieler grundsätzlich als fraglich erscheinen lassen, ob die Frauen politisch unverständiger sind, als die Männer. Und die Einsicht, daß Männer und Frauen annähernd gleich politisch begabt oder unbegabt sind, hat ja im Zusammenhang mit der demokratischen Entwicklung der neuesten Zeit zu einer Übertragung des Wahlrechts auch auf die Frauen geführt.

In etwa muß noch die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Zahl der Frauen im deutschen Reich etwas größer ist als die Zahl der Männer. Doch ist diese zahlenmäßige Überlegenheit so gering, daß sie die Bedeutung der von uns angefertigten Berechnung nicht zu beeinträchtigen vermag.

Aus dem Bericht der Sachverständigen

Am Mittwoch vormittag haben die von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenkomitees in Paris ihren Bericht überreicht. Der Bericht besteht aus einem Begleitschreiben des Generals Dawes, aus einem Inhaltsverzeichnis, dem eigentlichen Bericht und neun Anhängen. Die „Frankf. Ztg.“ bringt aus dem sehr ausführlichen Dokument eine Zusammenfassung, der wir folgendes entnehmen:

Das Wesentliche daran ist, daß ein in sich geschlossener neuer Reparationsplan entwickelt wird. Der Londoner Zahlungsplan, dessen Undurchführbarkeit die Praxis erwiesen hat, soll nicht in Einzelheiten korrigiert, sondern durch ein ganz neues System ersetzt werden, und zwar durch ein System, das so sehr es auf dem Pariser Vertrag fußt und deshalb hart für uns ist, doch die Erkenntnis in sich birgt, daß der Schuldner wirtschaftlich lebensfähig erhalten werden muß, um dem Gläubiger zahlen zu können.

So sehr dieses Gutachten den Eindruck der Geschlossenheit macht, so gemischt sind die Gefühle, die schon der erste Überblick auslöst. Mancher Satz klingt nicht unangenehm, aber mancher Satz und vor allen Dingen manche Zahl macht schauern.

Voraussetzung für die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ist wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diesen Satz als Fundament erkennt der Sachverständigenplan durch zwei Hauptforderungen an:

1. Die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches muß wiederhergestellt werden.
2. Die Stabilität der deutschen Währung muß gesichert bleiben.

Die Zollgrenze zum besetzten Gebiet muß fallen, die Zoll-, Steuer- und Währungshoheit der deutschen Behörden muß wiederhergestellt werden. Die Regiebahnen sind wieder der Reichsbahn, die ja im Reparationsplan eine besondere Rolle spielt, einzugliedern. Für Mietverträge und ähnliche erzwungene Sonderabmachungen ist nach dem Sachverständigenplan kein Platz mehr. „Der Kredit Deutschlands, der die Grundlage der deutschen Zahlungsfähigkeit bildet, kann nicht wiederhergestellt werden, solange der jetzige Zustand im Ruhr- und Rheingebiet fort dauert.“

Technisch, wenn auch nicht politisch, das schwierigere Problem ist die Sicherung der Währungsstabilität, in der Periode der Reparationszahlungen. Der Sachverständigenplan sieht vor allen Dingen zwei Mittel zur Sicherung vor. Erstens die Errichtung einer neuen Notenbank bzw. Umbildung der Reichsbank. Diese künftige Notenbank soll die deutsche Währung einheitlich gestalten, sie soll durch Golddeckungsvorschriften und Einschaltung auch internationaler Kontrollen die Sicherung gegen neuen Mißbrauch der Notenpresse schaffen. Der Aufbau des Instituts lehnt sich eng an die Reichsbank an.

Neuartig ist der Vorschlag des Sicherungsverfahrens gegen die Valutazerfälschung bei der Abführung der Reparationszahlungen. Alle Zahlungen, zu denen die deutsche Regierung verpflichtet wird, sind in der deutschen Währung dem „Agenten für Reparationszahlungen“ auf sein Konto bei der deutschen Notenbank zu überweisen. Mit diesem Zurverfügungstellen der Marksummen soll die Verpflichtung Deutschlands erfüllt sein. Die Sorge der Verwertung dieser Summen zugunsten der Gläubiger, d. h. soweit möglich ihrer Umwandlung in Devisen ist Sache des „Agenten“, der mit fünf Vertretern der alliierten Länder dafür zu sorgen hat, da diese Umwandlung nur in dem Maße erfolgt, das durch den Überschuß der Wirtschaftsbilanz gegeben erscheint. Das heißt also, der „Agent“ hat von sich aus darüber zu wachen, daß der Devisenmarkt nicht zuniert wird, er hat aber auch als Befürworter Markguthaben ein unmittelbares Interesse an der

Währungsstabilität. Bis zur Höhe von 2 Milliarden Mark sollen die Beträge bei der Rentenbank angeammelt werden, bei zwischen 2 und 5 Milliarden aufgelaufener Guthaben sollen Anlagen in Obligationen oder Darlehen in Deutschland vorgenommen werden; übersteigen die aufgelaufenen in Devisen nicht umwandelbaren Guthaben des Agenten 5 Milliarden Mark, so sollen die Zahlungen der deutschen Regierung herabgesetzt werden. Die Zahlungen der deutschen Regierung aus der englischen Einfuhrabgabe werden aus diesem Zentralfonds des „Agenten“ bezahlt. Es können auch Summen aus diesem Fonds Angehörigen der Gläubigerstaaten zum Ankauf von Anlagen zur Verfügung gestellt werden, doch soll sich diese Verwendung im Rahmen eines mit der deutschen Regierung gemeinsam aufzustellenden Planes halten. Der Fonds des „Agenten für Reparationszahlungen“ würde bei Durchführung des Planes ein bedeutender Nachfaktor in der deutschen Wirtschaft werden. Von ihm könnten Befruchtungen, aber auch weniger erwünschte Durchbringungen ausgehen. Immerhin, das Wesentliche bei diesem System ist, das Interesse der Gläubiger, die deutsche Währung zu schützen. Dieses Interesse ist auch das unsrige.

Sahen wir bei der Betrachtung dieser Vorbedingungen mehr die Lichtseiten des Sachverständigenplanes, so hollen sich die Schatten, wenn wir die materiellen Bestimmungen über die Höhe der Zahlungen lesen.

Für das erste Jahr ist ein nahezu vollständiges Moratorium vorgesehen. 200 Millionen Mark sind von den Eisenbahnen aufzubringen, weitere 800 Millionen Mark nur dann zu zahlen, wenn sie uns durch auswärtige Anleihen (die natürlich die zukünftige Belastung erhöhen) zur Verfügung gestellt werden.

Im zweiten Jahr sind 720 Millionen durch Eisenbahn und Industrie aufzubringen und 500 Millionen durch Verkauf von Borzugssaktien der Eisenbahngesellschaft zu realisieren.

Im dritten Jahr sind 1200 Millionen und im vierten Jahr 1750 Millionen durch Eisenbahn, Industriebelastung und Steuern aufzubringen.

Vom fünften Jahre ab 2500 Millionen Goldmark jährlich, wobei noch Zusatzbeträge auf Grund eines Leistungsindex vorgesehen sind, deren Errechnungsmodus nach den bisherigen Meldungen nicht ersichtlich ist.

2½ Milliarden jährlich wäre, falls zu 5 Prozent gerechnet, die Verzinsung einer Schuld von 50 Milliarden. Was aber tatsächlich nach den zehn Jahren, mit denen sich der Plan nur befaßt, werden soll, wie weit die gestakten Annuitäten die Schuld tilgen sollen, bleibt offen. Es ist natürlich, daß diese Summen auch bei denen, die an der unentrichtbaren Notwendigkeit, starke Reparationszahlungen zu leisten, nie gezweifelt haben, schwere Sorge herabrufen müssen. Ist es denkbar, aus der deutschen Wirtschaft diese Jahresleistungen abzupressen? Wie stark mühten die Belastungen werden, um derartige Verpflichtungen zu ertragen, wenn wir schon jetzt die Steuerlasten hart fühlen, wo es nur gilt, mühselig das innere Budget auszugleichen! Hier wird der Punkt sein, wo wir vor allen Dingen zu ringen haben werden. Unerfüllbare Verpflichtungen zu übernehmen ist gefährlich, denn an mehr als einer Stelle, wo von den Pfändern die Rede ist, heißt es, daß die Schutzbestimmungen für den Schuldner hinfällig werden, wenn er mit seinen Leistungen in Verzug gerät. Dann werden die Rechte der Gläubiger grenzenlos, das gilt bei der Verwaltung der Bahnen, wie bei der Kontrolle der Finanzquellen, die für den Garantiedienst in Frage kommen. Deshalb ist die Frage der Höhe der Zahlungsverpflichtungen, bei der exakte Beweise des Möglichen oder Unmöglichen so schwer im Voraus zu erbringen sind, von außerordentlichem Ernst.

Die Sicherung der Gläubiger erfolgt durch Pfänder. Die Reichsbahn steht dabei als Einnahmequelle im Mittelpunkt, sie soll steigend von 330 Millionen Mark im ersten Jahr auf 600 Millionen vom vierten Jahre ab jährlich leisten. Das sind Summen, die nur bei blühender Wirtschaft aus dem in eine Aktiengesellschaft umzuwandelnden Unternehmen, natürlich nach Wiederherstellung seiner Einheit, erzielbar sein können. Die ausländische Beteiligung an der Verwaltung und Überwachung erscheint in allmählichen Formen, solange der Zinsendienst für die 11 Milliarden öproc. Reparationsobligationen nicht steht.

Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmen sollen mit 5 Milliarden Schuldverschreibungen belastet werden. (Die Rentenbankbelastung, die auch die Landwirtschaft umfaßt, betrug 3,2 Milliarden). Isoliert betrachtet mögen die 5 Milliarden nicht schlimm erscheinen, aber die gleichen Steuerzahler müssen auch für das innere Budget stark herangezogen werden, und auch die schweren Verkehrssteuern belasten sie. Vor allen Dingen ist hier an eine Beförderungsteuer gedacht, deren Einzelheiten abzuwarten bleiben. Sodann sollen Zölle und Steuern auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker als Sonderpfand dienen. Die Stellung solcher Sonderpfänder ist die Voraussetzung der Freigabe des französischen Generalpfandes

an der Ruhr. Die vorgesehenen Kontrollen durch Kommissare sind glimpflich gedacht, solange die Einkünfte zureichen, sie gestatten aber im Falle eines verringerten Ertrags der Einnahmemeßnahmen Eingriffe jeder Art. Das ist die Zuckerte.

Das Dokument gibt — schreibt die „Frankf. Zig.“ zum Schluß — wahrlich keinen Anlaß, erleichtert aufzutreten. Es basiert auf dem Vertrag von Versailles und trägt seine Kennzeichen der schweren Bedrückung Deutschlands. Aber es zeigt auch die Spuren der Revision des Verfahrens, die sich, wenn auch unter schweren Schmerzen für das Deutsche Volk, zwangsläufig durchziehen mußten und deren Durchsetzung zu beschleunigen, der Sinn aller Erfüllungspolitik ist. Zwei Hoffnungen leuchten aus dieser Grundlage der neuen Reparationsverhandlungen hervor: die Hoffnung auf Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit mit den besetzten Gebieten und die Hoffnung auf Erhaltung unserer Währungsstabilität. Um dieser Ziele willen werden uns sachlich auch mit den drückenden Lasten, die der Plan vorsetzt auseinandersetzen müssen, in der Hoffnung, daß auch alle alliierten Regierungen im Geiste der Sachlichkeit die Arbeit der Sachverständigen zur Verhandlungsgrundlage machen mögen.

Aus dem Begleitschreiben

In seinem Begleitschreiben weist der Vorsitzende Dawes darauf hin, daß sein Komitee, tief durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortlichkeit, seinen Plan auf Belange gründe, an denen nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein relatives Interesse haben. Die Empfehlungen des Komitees mühten in dem Sinne betrachtet werden, daß sie ein Mittel zur wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas vorschlagen. Deutschland müsse in Abereinstimmung seiner Rolle vom 29. Mai 1919 bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen wie auch die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Mehr als diese Grenze würde Deutschland in einem internationalen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Die mäßigen Sätze der zunächst zu leistenden Zahlungen, welche von der geschäftlichen Vorsicht bei der Feststellung der Grundlage einer Anleihe diktiert worden seien, sollen keinen Augenblick auf die Gesamtheit der künftigen jährlich steigenden Zahlungen störend einwirken. Wenn die normalen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und dessen normale Produktivität wieder hergestellt sein werden, so werde man sich überzeugen, daß die ersten Schätzungen die schließlich erzielten Beträge rechtfertigen. Ohne solche Wiederherstellung aber werden diese Zahlungen, wie man sie jetzt erzielen kann, von geringem Werte sein. Der allgemeine Plan führe, wenn er angenommen werden sollte, schließlich zu einem dauernden Frieden. Die Zurückweisung der Vorschläge durch die deutsche Regierung würde die wohlüberlegte Wahl der Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation bedeuten, in deren Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstrickt würde.

Das Reichskabinett zum Sachverständigenbericht

Das Reichskabinett hat bereits am Mittwoch den Bericht des Sachverständigenkomitees, soweit er im Wortlaut vorlag, einer ersten Beratung unterworfen. Die deutsche Regierung wird sich ja auch nicht in aller nächster Zeit offiziell darüber zu äußern haben, sondern erst dann, wenn die Reparationskommission ihrerseits die Gutachten in Bearbeitung genommen und die Reichsregierung zu einer Äußerung aufgefordert haben wird.

Soweit man die Tragweite der Vorschläge der Experten bereits zu übersehen vermochte, glaubt man sie im Prinzip als eine druckbare Verhandlungsgrundlage betrachten zu können, obwohl, wie gleich bemerkt sei, eine Reihe von Einzelheiten zu starken Bedenken und Zweifeln Anlaß gibt. Die Experten haben eine steigende Prosperität der deutschen Wirtschaft ihren Vorschlägen zugrunde gelegt. Sehr viel wird davon abhängen, ob Deutschland und Europa auch in politischer Beziehung in absehbarer Zeit die Ruhe und den Frieden erhalten, an dessen Mangel sie bisher gelitten haben. Von besonderer Wichtigkeit ist für Deutschland die Voraussetzung, daß die Experten den ganzen Vorschlag aufgegeben haben: Das ist die Wiederherstellung der fiskalischen und ökonomischen Souveränität der Reichsregierung im gesamten Reichsgebiet. Was dies für die besetzten Gebiete bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Sie schließt, wenn sie erfüllt werden soll, auch die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit in den okkupierten Gebieten in sich ein. Aber die militärische Befugnis des Ruhrgebietes haben sich die Experten nicht ausdrücklich gewünscht. Aber in einem

Abchnitt, der sich mit den militärischen Angelegenheiten beschäftigt, statuiert sie die Voraussetzung, daß die ökonomische Entwicklung nicht in irgend einer Weise behindert und eingeschränkt werde durch fremde Organisationen, die andere sind, als die Sachverständigen selbst vorgeschlagen haben.

Was die konkreten Vorschläge betrifft, so erscheint die zahlenmäßige Belastung, die Deutschland namentlich von dem sogenannten Normaljahr 1928 an zugebracht wird, als außerordentlich hoch, und es bestehen ernstliche Zweifel darüber, ob die Experten hier nicht erheblich zu weit gegangen sind. Bedenken erregt auch die Konstruktion, die künftig für die Reichsbahn vorgesehen ist, weil hier nicht klar zu sehen ist, ob die nach deutscher Auffassung unbedingt notwendige Voraussage garantiert ist, daß nämlich die Leitung des Betriebes auch fest in deutschen Händen ruht. Für die aller nächste Zeit, für das Jahr 1924/25, hat das Gutachten ausdrücklich eine unmittelbare deutsche Leistungsfähigkeit aus dem Budget verneint. Es schlägt deshalb die Abgeltung der für dieses Jahr vorgesehenen Leistungen (Schuldenleistungen und Belastungskosten) durch eine auswärtige Anleihe von 300 Millionen Goldmark, ergänzt durch 200 Millionen aus der Reichsbahn, vor. Für dieses Jahr ist also ein effektives Moratorium vorgesehen, und dies ist deswegen gerade gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit, weil sich daraus ergibt, daß der Reichsregierung nicht zugemutet werden kann, für die Verlängerung der Räumungsverträge mit finanziellen Zusagen sich ihrerseits einzusetzen.

Im einzelnen werden noch manche andere, schwerwiegende Vorbehalte zu machen sein, vor allem der, daß in ihm keine Begrenzung der deutschen Annuitäten, also keine Reparationsendsumme, vorgesehen ist. Ebenso wenig ist mitgeteilt, wie lange Deutschland Geld- und Naturalleistungen liefern soll. Sinter allem steht noch die Auseinandersetzung unter den Alliierten selbst im Zusammenhang mit dem Schuldenproblem und der sogenannten Sicherungsfrage, die rein auf politischem Gebiet liegt.

Politische Neuigkeiten

Die Gebühren für Auslandsreisen

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt die Durchführungsvorschriften zu der Verordnung über Ausreisegeldern. Aus ihnen geht hervor, daß der Kreis der Personen, die ohne Entrichtung der Gebühren von 500 Goldmark ins Ausland reisen dürfen, erheblich erweitert worden ist.

Von der Ausreisegeldern werden weiter befreit: 1. Angehörige des Deutschen Reiches, die im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben. 2. Personen, die nachweislich zum Besuch von Familienangehörigen nach dem Ausland reisen, sofern es sich um Ehegatten, Verwandte oder Verwandte in gerader Linie handelt und die zu besuchenden Personen im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben. 3. Personen, die nachweislich aus besonderen Familienanlässen (Geburt, Eheschließung, schwere Erkrankung, Todesfall) zu nahen Angehörigen in das Ausland reisen; als nahe Angehörige gelten: Ehegatten, Verwandte oder Verwandte in gerader Linie, sowie Personen, die in der Seitenlinie im zweiten Grad verwandt sind. 4. Personen, die nachweislich zum Besuch von nahen Angehörigen (Nr. 3) oder zur Regelung von Familien- oder Vermögensangelegenheiten in abgetretene Gebiete reisen. 5. Rechtsanwältinnen, die in Ausübung ihres Berufes in das Ausland reisen, sofern der Vorstand der Anwaltskammer die Notwendigkeit der Reise bescheinigt. Einer solchen Bescheinigung bedarf es nicht, wenn es sich nachweislich um Verhandlungen vor einem internationalen Gerichtshof handelt. 6. Ärzte, die nachweislich zu Konsultations- oder Operationszwecken oder zur Teilnahme an Kongressen ins Ausland reisen. 7. Angehörige anderer freier Berufe wie Künstler, Gelehrte usw., die nachweislich zur Ausübung ihres Berufes in das Ausland reisen. 8. Studierende, die im Rahmen ihres Studienplanes auf eine ausländische Hochschule gehen.

In einzelnen Fällen, in denen die Erhebung von Ausreisegeldern eine besondere Härte bedeuten würde, oder in denen überwiegende Interessen des Gemeinwohls von der Erhebung der Gebühren entgegenstehen, können ferner die Finanzämter Gebührenfreiheit, jedoch nur für Auslandsreisen von kurzer Dauer bewilligen.

Der gebührenfreie Unbedenklichkeitsvermerk wird nur für die zur Erreichung des Zweckes der Reise unbedingt notwendige Aufenthaltsdauer im Ausland nur für ein bestimmtes Land oder für mehrere bestimmte Länder erteilt.

Stinnes schwer erkrankt. Der Zustand des Großindustriellen Hugo Stinnes, der sich in einem Berliner Sanatorium einer Gallensteinoperation hat unterziehen müssen, ist sehr bedenklich.

Badisches Landestheater

Fledermaus-Jubiläum

Würde man heute in Wien die alte Dame, die allein noch von den Mitwirkenden bei der Uraufführung der „Fledermaus“ vor 50 Jahren lebt, bitten, ihre Erinnerungen an diese denkwürdige Premiere auszukommen, sie könnte nur bestatigen, daß Meister Jean damals nicht sonderlich Glück hatte. Es gab einen Achtungserfolg, von der immensen Popularität, die die Fledermaus heute genießt, war nichts zu spüren; erst nachdem die in Wien bald wieder abgesetzte Operette in Berlin und Hamburg, aber auch in Paris in der Umarbeitung „La Fifi“ größten Erfolg hatte, erkannten die Wiener, daß ihnen mit dieser in ihren Intentionen nach den Idealen höchster Kunst strebenden Musik ein Werk geschenkt war, das sie fortan zum Prototyp eines spezifisch Wienerischen Exportartikels machen konnten. Und wieviele Werke verdanken seitdem der pikanten Mythos und distinguierten Melodie gerade der Fledermaus ihr Bestes! Welche Anzahl hat aber auch trotz dieses leuchtenden Vorbildes den Zerfall der Gattung beschleunigt und die Rückstuf ins Possenhafte beschleunigt! Doch wir wollen heute diesen populären Schlagworten nicht nachlaufen und auch den tieferen Ursachen nicht nachforschen, warum das alles so kommen mußte. Genügt doch die Feststellung, daß eben Straußens Nachfolger in der Tat aus der Operette eine beliebige Exportware gemacht haben, bei deren Herstellung man freilich nicht mehr künstlerisch denkt, sondern ganz konzentriert auf den materiellen Vorteil zunächst spezialisiert. Bei solcher in Wien oder Berlin fabrizierten Ware ist von verschwenberisch ausströmender künstlerischer Zeugungskraft im Sinne Johann Straußens überhaupt nicht mehr die Rede; wohl hatte auch der klassische Meister dem Gesellschaftstanz seinen Tribut bezahlt, aber sich weise gehütet, die Eingeweide seines Werkes mit Sexualkämpfen zu komplizieren und das Ganze zu einem bei Gewalten der Geschlechtlichkeit unterliegenden Nachwerk zu degradieren. Strauß hatte ein Fenster ins Freie aufgestoßen, er hatte die muffige Luft gesellschaftsgefähtiger Erotik hinausgelassen und auch in der leichtgeschützten Ruhe der Jugend und nicht dem Laster zum Siege verholfen. Man hat nach seinem Tod dieses Fenster wieder Gäßch zugemacht, weil man den frischen Zug seines regsamen Temperaments, seine in feinsten Instrumentation augenfällig dokumentierte Geistigkeit nicht mehr für nötig hielt und

glaubte, in der stickigen Luft — so zwischen Sentimentalität und Sinnlichkeit — weit einträglicher wirtschaften zu können. Wiener Blätter, die den Jubiläumstag auch mit der Wiederbelebung der Bilder der ersten Fledermausdarsteller feiern, sprechen deshalb nicht mit Unrecht von einem schwarzen Tag in der Wiener Theatergeschichte und geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Operette nun wieder aus der unseligen Umklammerung, in die sie geraten, löstreuen und zur erfüllten Glanzzeit einer „Fledermaus“ zurückkehren möge. Nur wir wollen sehen, ob die Exemplare, die nach dem Jubiläum, das in jedem Fall eine erste Mahnung ist, wirklich den Rat der Berlinerischen beherzigen und die Gattung wieder zu jener künstlerischen Höhe eines Johann Strauß hinaufstreben.

Die Jubiläumsaufführung im Landestheater war leider nicht feierlich, aber von bekanntem gutem Mittelmaß. Die lebenswürdig ersetzten längerlich beschwingten und langstrohbewegten Szenen erfreuten in dem überfüllten Haus die begehrtesten Zuhörer trotzdem stark. Paul Müller als Frasch hatte einige Jubiläumserfolge — Witze beigetragen, die allgemeinen Weisheit fanden. Für die erkrankte Fete Stechert führte Kammerfängerin Anny Groß die Partie des Prinzen Orlofsky gesanglich und darstellerisch recht gut durch.

S. Sch.

Die Pfarrkirche zu Tiefenbrunn

Die beiden aus dem 16. Jahrhundert stammenden herrlichen Schnitzaltäre der Tiefenbrunner Pfarrkirche, der Hauptaltar von Hans Schüchlin und der Magdalenaaltar von Lukas Moser sind wiederholt unter Aufwendung namhafter staatl. Mittel vor drohendem Verfall behütet worden. In den Jahren 1860/61 wurden die Tafelbilder beider Altäre durch Professor Schmitt aus Frankfurt, 1868/69 der Magdalenaaltar durch den Restaurator und Restaurator der Bayer. Staatsgemäldesammlungen Professor Hanzer in München, 1916 durch Maler Bensch in Basel die Rückseite des Hauptaltars instandgesetzt. Die letzte Restaurierungsarbeit wurde in den Jahren 1919 und 1920 durch den bekannten Karlsruher Restaurator Mader an beiden Altären mit dem Erfolg durchgeführt, daß sich an den Altären selbst bis jetzt keine neue Beschädigung gezeigt hat. Dies ist bei einer im Auftrag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts kürzlich vorgenommenen Besichtigung durch einen Sachverständigen festgestellt worden.

Leider droht jedoch den kostbaren Altargemälden Gefahr aus dem Zustand der Kirche. Durch Mängel im Mauerwerk und zerbrochene Fensterstüben dringt die Feuchtigkeit in das Innere und gefährdet neben dem Mauerwerk selbst auch seinen kostbaren Inhalt. Die staatliche Finanzlage und die Entwertung der kirchlichen Fondsmittel hat eine drückende Belastung der Schäden bis jetzt verhindert. Nunmehr soll zunächst eine Aufnahme des baulichen Zustands erfolgen und darnach verhandelt werden, die erforderlichen Mittel zur Instandsetzung der Kirche im Zusammenwirken von Staat und Kirche unter Mitteln freiwilliger Spenden aufzubringen.

Was die Presse-Nachrichten über eine Vorlesung, die Professor Guadagni-Berlin in dankenswerter Weise zugunsten des Wiederherstellungswerks abgehalten hat, so war ein Grund für die alarmierende Form dieser Notiz nicht gegeben. Professor Guadagni-Berlin in dankenswerter Weise zugunsten des anlassung“ für das Vorgehen, das auf die Initiative studienfischer Kunstfreunde zurückgeht, nicht vorgelegen habe.

Veränderungen im Lehrkörper der Handels-Hochschule Mannheim.

Zum Sommer-Semester 1924 treten im Lehrkörper der Handels-Hochschule folgende Änderungen ein: Der ordentliche Professor der Privatwirtschaftslehre, Dr. Walter Le Courte (bisher an der Handels-Hochschule Königsberg), wird mit Semesterbeginn seine Lehrtätigkeit aufnehmen. Zum hauptamtlich beauftragten Dozenten für Privatwirtschaftslehre wurde der bislang schon mit Lehraufträgen betraute Dr. Karl Wöhle berufen. Zu nebenamtlichen Dozenten wurden ernannt: Professor F. A. Wolf (Englisch), Direktor Dr. Cantler (Chemie), Professor Dr. Sauerle (Geologie), Zahnarzt Dr. Mann (Hygiene), Oberregierungsrat Dr. Siegfried Wehrhaken, insbesondere Eisenbahnverkehrslehre) und Regierungsrat und Raurat Dr. Teubert (Verkehrslehre, insbesondere Binnenschiffahrtswesen). Als Privatdozenten habilitierten: Dr. Edmund Wüstki für das Gebiet der Betriebspsychologie und Dr. Max Springer für das Gebiet der neueren Geschichte. Als Lektor für Spanisch wurde Dr. Enrique Ciemers aus Buenos-Aires angestellt. Der Lehrkörper der Handels-Hochschule Mannheim hat durch diese Maßnahmen eine wertvolle Verstärkung erfahren.

Dom Abbau in Württemberg

Die Erklärung des Kultusministers Dr. Hieber, daß der Abbau auf dem Gebiete des Schulwesens nur dann tragbar sei, wenn bei allen Verwaltungen, also auch bei den Oberämtern, die Abbaumassnahmen durchgeführt werden, hat verschiedentlich zu Forderungen ermutigt, mit dem Abbau da und dort Halt oder ihn sogar rückgängig zu machen. So verlangt die sogenannte Volkskammer, eine Abteilung des Lehrerbereichs, im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens sämtliche Abbaumassnahmen bis zum Vollzug der Verordnung über den Abbau der Oberämter auszuführen und die schon ergangenen, auf den Schulabbau bezüglichen Erlasse zurückzunehmen. Eine ähnliche Forderung stellt der württembergische Philologenverein und der württembergische Beamtenbund, die die Personalabbauverordnung sofort außer Kraft gesetzt, die bereits entlassenen Beamten soweit möglich wieder eingestellt und die in den einseitigen Ruhestand versetzten Beamten wieder verworben werden. Diese Wünsche werden allerdings vergebens auf Erfüllung warten.

Kurze Nachrichten

Die Goldbank errichtet. Die Deutsche Goldbank ist am 7. d. Mts. errichtet worden. Sie wird in den nächsten Tagen den Verkehr mit dem Publikum aufnehmen, wozu noch Nachricht ergeht.

Der Nationalsozialist Effer verhaftet. Nach einer Meldung aus München wurde in Landsberg am Lech durch Organe der Münchener Staatsanwaltschaft der wegen Hochverrats gesuchte Führer der Nationalsozialisten Hermann Effer (ein früherer Unabängiger) der längere Zeit flüchtig war, verhaftet und nach München transportiert.

Ruba kein Siedlungsland für deutsche Landwirte. Es muß dringend darauf gewarnt werden, daß deutsche Landwirte sich verlocken lassen, unter Aufopferung ihres Vermögens nach Ruba auszuwandern, um dort Siedlungsland für landwirtschaftliche Zwecke zu erwerben. Die klimatischen und die sonstigen Verhältnisse sind auf Ruba solche, daß sie Anwohnern aus nördlichen Ländern keine Aussicht auf ein Fortkommen bieten, sondern vielmehr die Gefahr für sie in sich schließen, finanziell und körperlich zu Grunde zu gehen. Ohne vollkommene Kenntnis der schwer zu erlernenden spanischen Sprache ist an eine Eingewöhnung in das Leben in dem tropischen Lande außerdem nicht zu denken.

Die neue italienische Kammer wird sich folgendermaßen zusammensetzen: 375 Abgeordnete der Regierungspartei, 40 Abgeordnete der italienischen Volkspartei (Popolari), 17 Liberale, 12 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 11 Demokratische, 7 Republikaner, 4 Mitglieder der nationalen Minderheiten (Deutsche und Slaven), 3 Mitglieder der Bauernpartei, 2 Sarben, 2 Sozialdemokraten, 2 Sozialisten, 17 Kommunisten. Bei den Wahlen am 6. April verloren die italienische Volkspartei 66 Sitze, die Sozialdemokraten 57 Sitze, die Kommunisten 18 Sitze, die Sozialisten gewannen 4 Sitze, die Republikaner 1 Sitz. Die Slaven und Deutschen verloren je zwei Sitze.

Badischer Teil

Der Auswandererskandal

PA. Der Auswandererskandal, der schon seit einiger Zeit in Baden und Württemberg in sehr bedenklicher Weise umgeht, wächst sich mehr und mehr zu einem Auswandererskandal aus, der, ganz abgesehen von der ernstlich gefährdeten Zukunft der Auswanderer, das Ansehen Deutschlands im Ausland schwer schädigen muß. Trotz aller Warnungen, die von zuverlässiger und gut unterrichteter Seite in der Presse ergehen, hielt man immer wieder, daß größere Trupps, oft mehrere Hunderte von Menschen, Familien mit zahlreichen Kindern, die Heimat verlassen um in irgend einem südamerikanischen Staate, den sie kaum dem Namen nach kennen, eine Siedlung zu gründen.

Die wenigsten von ihnen sind sich wohl bewußt, wach umgehören, ja fast unüberwindlichen Schwierigkeiten sie entgegen gehen, sie wissen nicht, was es heißt in einem, wirtschaftlich, politisch und kulturell fremden und völlig anders gearteten Lande, in dem es an allen sozialen und finanziellen Hilfseinrichtungen fehlt, oft unter gänzlich ungewohnten klimatischen Verhältnissen den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Schwere Enttäuschungen, wenn nicht Schlimmeres sind die Folgen solcher unüberlegter Schritte. Leider gelangen nur selten zuverlässige Berichte über das Schicksal solcher geschickter Auswanderer in die Heimat; sie könnten vielen, die immer wieder den phantastischen Versprechungen einer gewissen Art von Auswanderungsagenten Gehör schenken, gründlich die Augen öffnen.

Die Massenauswanderungen sogenannter Siedlungsagenten, die zurzeit vornehmlich in Karlsruhe aber auch im badischen Unter- und Oberland lebhaft propagiert werden, bergen für die Auswanderer noch ganz besondere Gefahren. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß den Führern derartiger Unternehmungen fast durchweg die elementarsten Fähigkeiten und Kenntnisse zur Durchführung einer so schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe von deren Befehlen das Schicksal vieler hundert Menschen abhängt, fehlen, ja daß die Motive, die sie leiten, oft außerordentlich bedenklich sind.

Dabei arbeiten sie bei ihrer Propaganda für das Siedlungsunternehmen vielfach mit einer Leichtfertigkeit ja selbst Bewusstlosigkeit, die ein wenig günstiges Licht auf die Redlichkeit ihrer Bestrebungen werfen. Man erinnere sich nur daran, daß vor kurzem in einem angesehenen Stuttgarter Blatt, das auch in Baden verbreitet ist, die Behauptung auftauchte der Badische Reichstagsabgeordnete Dr. Haas fördere mit ministerieller Unterstützung das südamerikanische Auswanderungsunternehmen Paraguay Neu-Karlsruhe. In dieser Behauptung war kein wahres Wort. Reichstagsabgeordneter Dr. Haas hat sich, wie er dem Schäßbischen Merkur sofort mitteilte, niemals mit dieser Siedlung befaßt und ebensowenig hat das Ministerium jemals die Sache unterstützt. Auch un-

bindliche Auskünfte untergeordneter südamerikanischer Behörden über das dortige An siedelungs-gesetz werden als wertvolle Zugeständnisse südamerikanischer Regierungen in die Welt hinausposaunt und von leichtgläubigen Menschen für bare Münze genommen.

Wenn auch einzelne besonders veranlagte Persönlichkeiten imstande sein mögen sich auf Grund guter verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen in Amerika und gestützt auf größere Geldmittel in der Fremde durchzusetzen, so hat doch die Erfahrung gerade in der letzten Zeit gezeigt, daß für Auswanderungen größeren Stils die Verhältnisse in allen südamerikanischen Staaten jetzt die denkbar ungünstigsten sind. Alle derartigen Unternehmungen haben mehr oder weniger Schiffbruch gelitten. Erst kürzlich ging durch die Presse ein Brief badischer Auswanderer aus Donauvergingen und Allmendshofen die im Januar mit der Baarkolonie nach Amerika gegangen waren. Sie berichten, daß die Ankunft in Südamerika wenig glückverheißend und erbauend gewesen sei, da etwa 300 arbeitslose Deutsche die Neuankommenen schließlich um Geld haken. Sie warnen in ihren Briefen jeden, der die Absicht habe, nach Amerika auszuwandern, den Plan auszuführen, denn die Verhältnisse, besonders für die Deutschen, seien die denkbar schlechtesten. Die Baarkolonie ist in alle Winde zerstreut worden, einige sind in den Busch gegangen, andere haben die Heimreise wieder angetreten, aber wohl alle, die hinüber sind nach Amerika, hätten in ihrer deutschen Heimat mindestens ein ebenso gutes, wenn nicht noch besseres Los gefunden.

Leider muß befürchtet werden, daß die Paraguay-Siedlung „Neu-Karlsruhe“, die vor kurzem unter großer Abschiedsfeier, die Reise nach Südamerika angetreten hat, einem ähnlichen Schicksal entgegenginge; ohne die unbedingt notwendigen Vorbereitungen an Ort und Stelle sind hier viele hundert Menschen einer ungewissen Zukunft entgegengeführt worden. Nachrichten über das Schicksal dieses Unternehmens liegen infolge der Kürze der Zeit noch nicht vor.

Die außerordentlich bedenklich derartige Massenauswanderungen sind, beweist aufs neue ein Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires, das dieser Tage eingegangen ist und in dem dringend ersucht wird, diese Auswanderungsunternehmen sofort zu sistieren. Zweifellosg geht diese Warnung von Kreisen aus, die die Verhältnisse an Ort und Stelle aus genauester Kenntnis, und die von der ersten Sorge erfüllt sind, daß, neben der Gefährdung der Auswanderer selbst, auch das Ansehen des Deutschlands im Ausland durch derartige Unternehmungen schwer geschädigt wird.

Es kann daher nur nochmals vor diesen Unternehmungen gewarnt und allen Auswanderungsbereiten dringend empfohlen werden, sich in allen Auswanderungsfragen um Auskunft an die amtlichen Beratungsstellen zu wenden. Über die Adressen der nächstliegenden Beratungsstellen erteilen die Bezirksämter (Poststellen) Auskunft.

Tagung der badischen Hotelindustrie

DZ. Freiburg i. Br., 9. April. Heute morgen wurde die ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe e. V. hier im Fähringer Hof eröffnet. Die Beteiligung aus dem ganzen Lande war außerordentlich stark. Erschienen waren u. a. zahlreiche Vertreter der Staatsregierung, der Reichsbahnverwaltung, der Handelskammer und sonstiger Verkehrsorganisationen, sowie auch Vertreter der deutschen und schweizerischen Presse.

Nach den Begrüßungsworten des Landesverbandsvorsitzenden Karl Bieringer überbrachten Landeskommissar Geh. Rat Schneider-Freiburg die Grüße der badischen Regierung und betonte ebenso wie der Vorsitzende die Förderung der Fremdenindustrie, für welche von Seiten des Staates alles erforderliche getan werden soll, um die Schäden, die die Fremdenindustrie während der Inflationszeit erlitten hat, zu beheben. Bürgermeister Hofner-Freiburg überbrachte die Grüße der Stadt und betonte die Identität der Bestrebungen der Stadt mit denen der Berufsorganisation zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Der Vorsitzende gab in seinem Geschäftsbericht Rück- und Ausblick über die Geschäftslage im Hotelgewerbe, die hoffnungsvoll ausklangen, um das volkswirtschaftlich außerordentlich bedeutungsvolle Gasthof- und Hotelgewerbe durch Befreiung von allen hemmenden Einflüssen wieder zur alten Blüte zu bringen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Vorsitzende die enormen Steuerlasten, Preisobergrenzengesetzgebung, Einreisebeschränkungen usw. und schilderte die verschiedenen Aktionen, die der Landesverband zu deren Milderung bzw. Beseitigung bei Reichs- und Landesregierungen, Behörden, Organisationen usw. unternommen habe. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit etwa 350. Einen ausführlichen Bericht über die Tagung des Verwaltungsrats des Landesverbandes und der Abteilung Baden und Kurort in Frankfurt am Main erhaltete alsdann Herr Gabel-Heidelberg, dessen Referat hauptsächlich Steuerfragen, den Auslandsverkehr, verkehrsrechtliche Fragen (Eisenbahn- und Ruhrbesetzung, Pafschwierigkeiten usw.) behandelte, er sprach der Freizügigkeit im internationalen Verkehr das Wort, wobei die Stellung aller Leistungen der deutschen Hotelindustrie auf höchste Qualität bei gesunder Preispolitik zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hotelindustrie betonte wurde.

Syndikus Dr. Herrmann-Baden-Baden gab eine historische Darstellung über den Verfall des Verbandes. Im Anschluß an diese Referate wurde eine Resolution Gabel einmütig angenommen, in der die Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. April 1924 über Gebühren und verschärfte Kontrolle für Auslandsreisen als verkehrsrechtlich unermesslich bezeichnet wird. Die Abwanderung der deutschen Reisenden ins Ausland könne nur verringert werden durch preiswerte und qualitativ gesteigerte Leistungen der deutschen Verkehrswege und Eisenbahnen sowie durch die gänzliche Befreiung des Verkehrs von allen Hemmungen der noch bestehenden behördlichen Vorschriften (wie Kleinliche Handhabung der Polizeistunde, Kanzenverbot) und Befreiungen aus der verkehrsrechtlichen Inflationzeit. Das deutsche Hotelgewerbe sei entschlossen, seiner Aufgabe als Hauptträger des Verkehrs durch vorsichtige eigene Preispolitik und gute Leistungen aus dem Kriegsjahr voll gerecht zu werden. Es könne aber mit Erfolg dem Ausland gegenüber nur konkurrieren, wenn das Gewerbe von seiner untraglichen Sonderbesteuerung restlos befreit werde. In der Resolution wird schließlich die

Behauptung schweizerischer Blätter als unrichtig bezeichnet, daß die rein währungspolitische Verordnung der Deutschen Reichsregierung vom 3. April 1924 auf Veranlassung des Verbandes erlassen worden sei.

Der Kassenbericht und Voranschlag wurde ohne Widerspruch genehmigt. Die Beiträge sollen durch Umlageverfahren, berechnet aus dem Umsatz, prozentual erhoben werden. Der Umsatz soll auf Grund eines Fragebogens zu treuen Händen der Verbandsleitung mitgeteilt werden.

Einen breiteren Raum nahm das Referat des Vorsitzenden über Lohnabkommen ein, in dessen Verlauf die Heranbildung von Qualitätsarbeitern in allen Gruppen des Hotelgewerbes durch Gewährung von Zuschlägen zu den Tarifmindestlöhnen als notwendig bezeichnet wurde. Das im einzelnen vorgetragene Baden-Badener Lohnabkommen wurde im Verlauf der sich anschließenden Diskussion kritisiert, aber schließlich als Richtschnur gebilligt.

Herr Jeller von der Hotel-Treuhandgenossenschaft gab praktische Winke zur Erfüllung der Vermögenssteuerverordnung und Aufstellung der Goldbilanzen. Dieser Referent besprach den Wirrwarr in der Steuerleggebung und beschäftigte sich eingehend mit der ungeheuren steuerlichen Belastung des Wirtschaftens im allgemeinen und des Hotelgewerbes im besonderen, wobei er die Aufmachung der Bilanz in Goldmark von der steuerrechtlichen Seite an Hand der Verordnungsterie beleuchtete. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung einer durchgehenden Steuerreform in bezug auf Vereinfachung und Gerechtigkeit der Lastenverteilung.

Nach der kurzen Mittagspause hielt ein Vertreter des Gerling-Vericherungskonzerns (Vericherungsges. deutscher Hotelbetriebe) einen kurzen Vortrag über vericherungstechnische Angelegenheiten. Betont wurde in der sich anschließenden längeren Diskussion die Notwendigkeit der Betriebsausfallversicherung in einem Schadensfall bei angemessenen Prämien, deren Pflege dem Verband sehr nahegelegt wird. — In Punktlo Preisfragen werden für die Lokalvereinigungen vom Verband Richtlinien herausgegeben, um in der Preisgestaltung eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen unterstrich der Vorsitzende nochmals die Notwendigkeit einer Vertretung des Hotelgewerbes im Parlament und machte dabei die Mitteilung, daß als erster Kandidat für das Hotelgewerbe im Reichstag der Hotelier Wolke-Hannover als Spitzenkandidat der deutsch-hannoverschen Partei aufgestellt sei, welcher bei der Zentrumsparität hospitieren werde. Auch für Baden sei in der demokratischen Kandidatenliste ein Hotelfachmann, nämlich Herr Kappeler-Baden-Baden (Hotel Regina) aufgestellt.

Unter dem letzten Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ kamen zahlreiche Wünsche aus der Versammlung zum Ausdruck. Sie behandelten u. a. Fragen betr. Jagdzeitung, Polizeistunde, Autoverkehr am Sonntag, Ausländerkontrolle, Tanzverbot usw. Auch die Steuerfragen wurden von verschiedenen Dispositionskrednern nochmals aufgerollt, und u. a. die Ermäßigung der staatlichen Wehrerbssteuer auf 5 Prozent gefordert. Der Vorsitzende gab des weiteren bekannt, daß die diesseitigen Fahrpläne für den nächsten Sommer vorgezogen worden seien und daß deren weitgehende Berücksichtigung zugesichert wurde.

Den Schluß bildete ein Referat von dem Freiburger Verkehrsdirektor Dufner über die Werbemittel für die Hotelindustrie, wobei er als wirksamstes Propagandamittel den vom badischen Verkehrsverband herausgegebenen Badischen Kalender empfahl.

Das Feldbergobservatorium

Die badische Gesellschaft für Wetter und Klimaforschung hat das Feldbergobservatorium der Landeswetterwarte, dessen Weiterbestand durch die von der Finanznot geforderten Sparmaßnahmen des Staates bedroht war, subventioniert, so daß das Institut erhalten bleibt. Im Interesse des Wetterdienstes, des kommenden Luftverkehrs, des badischen Wintersports und nicht zuletzt der Klimatherapie ist der Weiterbestand dieses für Praxis und Forschung wichtigen Instituts sehr zu begrüßen. Neben den gewöhnlichen meteorologischen Beobachtungen führt das Observatorium Messungen der Intensität der Sonnenstrahlung und der photochemischen Ortschaftigkeit aus, die für die Strahlungstherapie von Bedeutung sind und dem Mediziner interessante Aufschlüsse über die qualitative Verteilung des Sonnenlichts liefern. Die Messungen des Observatoriums korrespondieren mit denen der Landeswetterwarte in Karlsruhe. Weiter hat die Gesellschaft einen namhaften Beitrag zu den Druckkosten der Publikationen der Landeswetterwarte geliefert und die praktische Zeitschrift für Wetterkunde „Das Wetter“, die andernfalls nach 4jährigem Bestehen ihr Erscheinen hätte einstellen müssen, durch einen Zuschuß in ihrem Weiterbestehen gesichert.

Lehrkurse für Nutzgeflügelzucht

Wie seither, veranstaltet auch dieses Jahr wieder die Badische Landwirtschaftskammer zur Hebung der Geflügelzucht auf ihrem Lehrgeländehof in Einach, Station Engenbach, Lehrkurse für Nutzgeflügelzucht. Die Kurse sind von dreitägiger Dauer und sollen den Landwirten, deren Frauen, Söhnen und Töchtern, sowie sonstigen Geflügelzüchtern Gelegenheit bieten, die einzelnen Zweige der Geflügelzucht praktisch und theoretisch kennen zu lernen. Der erste Kurs findet vom 14.—16. April und der andere vom 23.—25. April statt. Dieser letztere Kurs ist hauptsächlich für Volks- und Fortbildungsschullehrer vorgesehen.

Aus den Parteien

Die sozialdemokratische Reichstagskandidatenliste lautet, nachdem der bisherige Reichstagsabgeordnete, Buchdruckermeister Adolf Gabel in Offenburg, seine Kandidatur zurückgezogen hat, folgendermaßen: 1. Gabel, Oskar, Reaktor, Mannheim. 2. Schöpfkin, Georg, Redakteur, Karlsruhe. 3. Meier, Stefan, Kaufmann, Freiburg. 4. Sawatz, Adolf, Geschäftsführer, Mannheim. 5. Graf, Oskar, Landtagsabgeordneter und Krankenhausbauamt, Forstheim. 6. Heibel, Max, Zollsekretär, Baden-Baden. 7. Klase, Therese, Landtagsabgeordnete, Mannheim. 8. Roth, Karl, Schneidermeister, Bietheim. 9. Lehn, Friedrich, Landwirt und Bezirksrat, Eigeltingen. 10. Großhaus, Karl, Schriftsetzer, Konstanz.

Kommunale Rundschaue

Die Bürgermeistergehälter in Freiburg. Laut Beschluß des Freiburger Stadtrats erhalten die Freiburger städtischen Beamten vom 1. April ab Grundgehalt, Ortszuschlag, Frauen- und Kinderzuschlag nach dem von diesem Zeitpunkt ab geltenden Sätzen für die Reichsbeamten. Darnach beträgt das Gehalt des Oberbürgermeisters Dr. Bender 13 600 Goldmark, das des ersten Bürgermeisters Nibel 9 450 Goldmark, das des Bürgermeisters Hofner 9 110 Goldmark und das des Bürgermeisters Holz 8 770 Goldmark. Die Gehälter sind bei weitem niedriger als die in der Vorkriegszeit bezahlten, trotzdem beträgt der Mehraufwand an Gehältern für sämtliche städtischen Beamten und Angestellten im Vergleich zum Monat Dezember 1923 im ganzen 185 700 Goldmark.

Aus der Landeshauptstadt

60. Geburtstag Theodor Rehbock

Am 12. April ds. Js. vollendet der ordentliche Professor des Wasserbaus an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. c. h. Theodor Rehbock sein 60. Lebensjahr. In Amsterdam geboren, legte er nach dem Besuch des Realgymnasiums in Frankfurt a. M. und der Technischen Hochschule in Berlin die preussischen Staats- und Diplomprüfungen in Berlin ab. Hierauf war er 1890 bis 1892 im Reichsdienst, dann bis 1894 in preussischen Diensten tätig, später als selbständiger Zivilingenieur in Berlin. Im Mai 1899 erfolgte seine Berufung als ordentlicher Professor des Wasserbaus an die Technische Hochschule in Karlsruhe. Er kam in diesem Jahre auf eine erfolgreiche 25jährige Lehrtätigkeit an der Friedrichs-Hochschule zurück.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 9. April. Die Maschinenfabrik Heinrich Lang & Co. in Mannheim hat, da seit drei Wochen sich verschiedene Mängel in passiver Resistenz befanden, die sich gestern fast auf die ganze Belegschaft ausdehnte, sich gezwungen gesehen, bis zur Herstellung geordneter Verhältnisse heute den gesamten Betrieb zu schließen. Zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

DZ. Heidelberg, 8. April. Der Verein der akad. gebildeten Lehrer der Mathematik und Naturkunde an den höheren Schulen hält in diesem Jahre in Heidelberg seine Hauptversammlung ab und zwar vom 12. bis 16. April. Es sind eine Reihe fachwissenschaftlicher Vorträge vorgesehen.

DZ. Ruffheim, 9. April. In einer am vergangenen Sonntag in Ruffheim abgehaltenen Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Karlsruhe sprach Landesökonomierat Hoesch in Graben über Kartoffelanbau und Saatgutbezug. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Redners enthielten eindringliche Mahnungen an die Landwirte, durch zweifelhafte Behandlung und Düngung des Aders sowie durch Verwendung einwandfreien Saatgutes die Erträge nicht nur im Interesse des Landwirts selbst, sondern auch im Interesse der heimischen Wirtschaft, zu steigern. Nach den

Ausführungen des Redners läßt sich aus dem heimischen Boden noch viel mehr herausholen, als in der zurückliegenden Zeit. Der geräumige Rathausaal war bis auf den letzten Platz besetzt.

Gaggenau, 2. April. Im Saale der Gambriushalle hatten sich am 31. März die Bürgermeister des Amtsbezirks Rastatt, die Bezirksratsmitglieder, die Beamten des Bezirksamts sowie die Beamten des badischen Staats- und des Reiches, eine stattliche Anzahl von Gemeindebeamten eingefunden, um den Abschluß des sechzigjährigen Bestehens des Amtsbezirks Rastatt, Oberamtmann Geh. Rat Dr. Guth-Bender in würdiger Weise zu begehen. Es wirkten eine Anzahl Gesangs- und Musikvereine und auch die Turnerjugend mit. Der Vorsitzende des Abends, Bürgermeister Schneider, gab in einer kurzen Begrüßung den Zweck der Zusammenkunft: dem Scheidenden Oberamtmann ein äußeres Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit und des Dankes zu bieten für die uneigennützigste Arbeit im Dienste des Staates und der Gemeinden. Oberbürgermeister Renner feierte den Scheidenden, dem an der Gemeindefürsorge so viel lag wie an seinem eigenen, der in den schweren Nachkriegsjahren von 1919 ab mit Sicherheit und Elastizität über die Klippen hinwegkam, welche allenfalls drohten. Bezirksrat Menscher (Rastatt) dankte im Namen der Bezirksratsmitglieder Oberamtmann Guth-Bender. Namens der Dienstuntergebenen sprach Dr. Gassenkamp, namens der landwirtschaftlich-treibenden Gemeinden Bürgermeister Hufenbrod (Wintersdorf), Bürgermeister Frey (Rastatt) und im Namen der Landgemeinden Dank, Direktor Schulze (Gaggenau) überbrachte den Dank der einheimischen Industrie, Reichsammwalt Bittich (Rastatt) ehrte ihn als den Menschen, der hohen Sinn für Kunst und Wissenschaft und ein edles Streben nach Betätigung auf diesen Gebieten besitzt. Zum Schluß ergreift Oberamtmann Guth-Bender das Wort, um darzutun, daß er alles nur aus dem Bewußtsein heraus getan habe, daß es seine Pflicht war, daß er sich den rechten Mittelweg wählen werde, wenn die Extreme aufeinanderprallen und daß er das Vortral, in dem seiner kleinen Wiege stand, mit seinen stillen Schönheiten, die er so gern aufgesucht habe, nie vergessen werde, auch wenn er im Betriebe der Großstadt erhöhte Pflichten habe. Sein Hoch galt der Heimat, dem Staat, dem Vaterland.

DZ. Wörach, 9. April. Von den deutschen Zollbeamten wurde auf dem Badischen Bahnhof in Basel ein Uhrenschmuggler festgenommen. Bei ihm fanden sich 102 goldene Damenuhren, 7 Herrenuhren, 24 silberne Damenuhren und 92 Uhrwerke, die er auf seinem Körper versteckt hatte.

DZ. Waldshut, 9. April. Wie berichtet wird, werden die Lonza-Werke, die bisher nur in beschränktem Maße in Betrieb waren, bald wieder voll arbeiten können.

DZ. Friedrichshafen, 9. April. Der Wasserstand des Bodensees ist in den letzten Wochen um nicht weniger als 58 Zentimeter gestiegen. Der tiefste Stand dieses Winters im Februar betrug 2,50 Meter. Heute zeigt der Pegel 3,17 Meter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (10 April), and exchange rates (Geld, Brief).

Badisches Landestheater. Freitag, 11. April. 7 1/2 u. n. 10 Uhr. Sp. I 5.40 M. Abonn. E 17. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101-3600. Neu einstudiert: Die verkaufte Braut.

Advertisement for 'Ein beliebtes Geschenk für Frauen' featuring a 'Kochbuch' (Cookbook) published by Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe.

Advertisement for 'Elegante Welt' magazine, described as a monthly journal for the arts and sciences, published by Verlag Dr. Eysler & Co. A.-G. in Berlin.

Advertisement for 'Große Auswahl' (Large Selection) of pocket knives and tools by 'Geschw. Schmid' in Karlsruhe, listing various types of knives and their prices.

Reichstagswahl 1924 betr. Nach einer Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern vom 17. März ds. Js. über das Stimmrecht der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen sind Stimmberechtigte, die aus dem besetzten Gebiet (alt-berlinsches und Einbruchgebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Besatzungsmächte verdrängt sind, auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkartei ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Der Antrag muß spätestens mit Ablauf des 13. April ds. Js. bei Vermeidung des Ausschlusses gestellt sein. Lediglich Stimmberechtigten, die erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste oder Stimmkartei am 13. April ds. Js. ausgewiesen oder verdrängt werden, wird noch bis spätestens 3. Mai ds. Js. durch die Gemeindebehörde ihres neuen Aufenthaltsortes auf Antrag ein Stimmschein ausgestellt. Karlsruhe, den 9. April 1924. Badisches Bezirksamt Abt. I. D. 3. 34

Zu vergeben das Verlegen von 4,0 km. Eisenbahnüberbau mit Holzschwellen auf der Neubaustrecke Titisee-Seebrugg (Teilstrecke Altglashütten-Abt.). Zeichnungen und Bedingungenheft einzusehen auf unserer Kanzlei, wo auch Angebotsabdruck zum Preis von 1 M. zu kaufen sind. Kein Versand nach auswärts. Die mit Aufschlag versehenen Angebote sind portofrei bis zum 23. April 1924, vormittags 11 1/2, zur Eröffnung einzulegen. Zuschlagsfrist 7. Mai 1924. B. 73.2.1. Reichsamt i. Schw., den 10. April 1924. Banabteilung. Eisenbahnbauamt. Das bad. Reichsamt Oberwesler aus den Staatsverhandlungen bei Badenweiler freihändig, gegen Einreichung von schriftlichen Angeboten bis spätestens Freitag, den 25. April, vormittags 11 Uhr, in Prozenten der Goldmarkgrundpreise Dezember 1923. 10 km. II. b. 26 km. III. b. 67 km. IV. 19 km. V. Al.; Schweleneichen 46 km. Al.; 44 km. II. Al. Jede Klasse bildet ein Los. Zahlungsbedingungen der bad. Staatsforstverwaltung vom 15. Januar 1924. B. 77. Stammweise Auszüge durch das Reichsamt. Forstwart Steinbrunn in Wörsheim zeigt das Holz.

A. Batschari, Zigarettenfabrik A.-G. In der am 20. März 1924 in Baden-Baden abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde der Aufsichtsrat neu gewählt. Richtig gehören ihm folgende Herren an: Generaldirektor Friedrich Rinow, Berlin, als Vorsitzender, Dr. Erich Batschari, Baden, als stellv. Vorsitzender, sowie Bankier Carl Theodor Hermann Koelblin, Baden, Bankier Hugo von Neufville, Frankfurt a. M., Bankier Carl Strauß, Frankfurt a. M. Ferner wurde beschlossen, die Fabrikanlagen und Fabrikmaschinen, die bisher noch im Eigentum der Firma A. Batschari, Zigarettenfabrik-Gesellschaft mit beschränkter Haftung standen, auf die Aktien-Gesellschaft käuflich und formell zu übernehmen. Die entsprechenden Verträge wurden genehmigt. Der Geschäftsgang des Unternehmens ist äußerst zufriedenstellend.

Marktberichte. Der Freiburger Schlachtwiechmarkt vom 8. d. M. war besetzt mit 8 Ochsen, 8 Ferkeln, 4 Rindern, 9 Kühen, 27 Kälbern, 52 Schweinen. Es wurden bezahlt pro Pfund Lebendgewicht für Ochsen und Rinder I 44-48 Pfennig, Ochsen und Rinder II 38-44, Ferkel 40-45, Kühe 20-36, Kälber 60-63, Schweine 70-74 Pfennig. Der Verkehr war ruhig. Der Dornpfeifer Kreisfarrenmarkt vom 8. d. M. hatte einen Auftrieb von 89 Farren. Verkauft wurden 18 Farren zum Preise von 750-2000 Mark. Die Qualität der Farren war durchschnittlich gut.

Staatsanzeiger

Nr. 30723. Norm. Bezirksamt: XXVII. Norm. Gemeinde: XIII. Reichsvermögenssteuer.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden. Nach § 11 der Durchführungsvorschriften für die Vermögenssteuer 1924 vom 8. März 1924 (Reichsministerialblatt Seite 103) sollen bei der Einreichung der Grundstücke in die einzelnen Ertragsklassen und innerhalb des Rahmens einer Ertragsklasse nach Möglichkeit die Gemeindeverhältnisse und die mit der Registrierung, Vermessung oder Bewertung der Grundstücke betrauten Organe, insbesondere die Katasterämter, Grundsteuerämter und Grundsteuerzuschüsse beteiligt werden. Nach § 191 der Reichsabgabenordnung sind die Gemeindebehörden verpflichtet den Finanzämtern jede zur Durchführung der Besteuerung dienliche Hilfe zu leisten. Die Gemeindebehörden werden hiernach angewiesen, die Finanzämter bei der Verfertigung der Verzeichniswerte zur Unterstützung. Karlsruhe, den 9. April 1924. Der Minister des Innern Kemmle

Vom Samstag, den 12. April an werden die Kölner Schnellzüge D 307/D 308, die gegenwärtig in Karlsruhe beginnen und endigen wie folgt von und bis Basel durchgeführt: D 307, Basel S. B. B. ab 6:25 Nachm., Basel Bf. 7:03/05, Müllheim 8:25, Freiburg 8:56/1, Lahr-Dinglingen 9:27, Offenburg 9:57/43, Appenweiler 9:54, Baden-Dos 1:02, Rastatt 1:03, Karlsruhe ab 1:08 ab 1:10; sonst unverändert. D 308, Karlsruhe ab 7:45, Borm., Rastatt 8:07, Baden-Dos 8:29, Appenweiler 8:55, Offenburg 9:05/11, Lahr-Dinglingen 9:29, Freiburg 10:19/18, Müllheim 10:45, Basel Bf. 11:17/19, Basel S. B. B. an 11:57 Borm.

Im Zusammenhang hiermit treten am 12. April nachstehende weitere Fahrplanänderungen ein: Zug 782, bisher Baden-Dos ab 8:15 Borm. verkehrt später, Baden-Dos ab 8:23. Neu verkehren Zug 825, Baden-Baden ab 10:12, Baden-Dos an 10:12, Anschluß an D 307 und 826, Baden-Dos ab 10:23, Baden-Baden an 10:20 Nachm. von D 307. Zwischen Lahr-Dinglingen und Lahr Stadt verkehren neu: Zug 1456, Lahr Stadt ab 9:17, Zug 1457, Lahr-Dinglingen ab 9:24 Borm., Zug 1492, Lahr-Stadt ab 9:07 und Zug 1493, Lahr-Dinglingen ab 9:24 Nachm.

Die Schnellzüge D 307/D 308 erhalten einen Schlafwagen Basel-Köln und zurück. Außerdem wird ein Schlafwagen Karlsruhe-Basel verkehrt und umgekehrt geführt. Auf der Strecke Basel-Karlsruhe-Basel verkehrt außerdem ein Speisewagen.

(vorbehaltlich besonderer Vereinbarung). Das Holz steht an guten Abfuhrwegen. Günstige Abfuhrverhältnisse. Brennholzläufer zugelassen. Nähere Auskunft über Loseinteilung usw. nebst Auszüge erteilt die Stiftschafferei. D. 458. Angebote in Goldmark je Ster (Raummeter) bezu. je Kub. beim Grubenlangholz innerhalb 14 Tagen bei der Verwaltung einzureichen.

Essentielle Versteigerung alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Waggons, Herde, Bettstellen, hölzerne und eiserne Schränke, Holzbänke, Werkbänke, Fische, Stehpulte, Stoffbüchsen, Federn, Farbbänder u. a. m. gegen Barzahlung am Dienstag, den 15. April 1924, vormittags 8 Uhr und mittags 2 Uhr beginnend im Gerätehauplager Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rippuzerstraße). B. 60.2.1. Karlsruhe, 8. April 1924. Reichsbahn-Direktion. Materialamt.

Buchenstammholzverkauf. Bad. Forstamt in Ettlingen verkauft freihändig 683 km. Buchen I.-V. Kl. in 8 Losen. Angebote nach Lose in Prozenten der Goldmarkgrundpreise bis 22. April erbeten. Losverzeichnis und nähere Auskünfte durch das Forstamt. B. 76.

Nadelholz- (Grubenholz-) Verkauf. Die Evang. Stiftschafferei Mosbach (Baden) verkauft freihändig aus ihren Waldungen (bad. Obenwald) etwa 6000 Ster Nadelholz mit Rinde, nämlich ca. 3000 Ster Nadelholzrollen über 14 cm Zapf, 2,50 m lang, ca. 1600 Ster 1,55 lang, 8-14 cm Zapf, ca. 1100 Ster 1,25 m lang, 4,5-8 cm Zapf, ca. 300 Ster 1,85 m lang, 11-14 cm Zapf; ferner ca. 50 Ster Sägrollen über 14 cm Zapf 1,92 m lang sowie ca. 700 km. Grubenlangholz (14 cm aufwärts). Vorzeiger des Holzes: Stiftsratler Wilhelm-Jahrenbach, Galm-Laubenberg, Ott-Langenel, Geh-Wagenhüwen, Stiftsforstwart Dammschrambach, Weber-Oberneudorf, Stiftsforstwart Dieß-Entenbach, Vint-Oberfeldent. Zahlungsbedingungen der Bad. Staatsforstverwaltung

Langholz- u. Stangen-Versteigerung. Das Staats. Forstamt Freiburg versteigert am Dienstag, den 15. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Nägelesee in Freiburg Stämme und Abschnitte: 208 Festmeter Kammern und Fichten, 40 Festmeter Fichten und Lärchen, 174 Festmeter Buchen, 29 Festmeter Eichen und 7 Festmeter

Zwangsversteigerung. Freitag, den 11. April 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal, Steinstraße 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 Spiegelschrank, 1 Stuhl, 1 verstellb. Nähmaschine, 1 Duvon, 2 Sessel, 1 Stuhl, 1 Schreibtisch, 1 Schrank, 1 Tisch. Karlsruhe, 9. April 1924. Roe, Gerichtsvollzieher.